NOVEMBER '26 / N°4

GREENFO

MAGAZIN DER GRÜNEN SCHWEIZ

GRÜNE

GRUENE.CH

› DER NATUR ZULIEBE KEIN LAUTES FEUERWERK: JA ZUR FEUERWERKSINITIATIVE! 4
› KEINE SCHWEIZER WAFFEN IN KRIEGSGEBIETE! 5
› ATOM-RÜCKSCHRITT: NEIN, DANKE! JETZT KOMMT'S ZUR ABSTIMMUNG! 7



LAUTER ALS DER STILLSTAND: STOPP KLIMABLOCKADE!



EIN JAHR DER MOBILISIERUNG STEHT VOR UNS!

Ein Referendum gegen Schweizer Waffenexporte nach Israel, Saudi-Arabien oder in den Sudan. Ein Referendum gegen den ruinösen AKW-Rückschritt. Ein Referendum gegen das zerstörerische Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten auf Kosten des Amazonas-Regenwaldes. Diese Referendumslegislatur endet so, wie sie begonnen hat: Mit dem entschlossenen Kampf an der Urne gegen ökologische und soziale Rückschritte. Und sie wird so enden, wie sie begonnen hat: Mit unseren Erfolgen!

Der unermüdliche Kampf gegen die Angriffe der Rechtsbürgerlichen kostet Energie. Es ist Energie, die wir lieber für Lösungen einsetzen, die für eine gerechte und lebenswerte Zukunft nötig sind. Aber der Kampf lohnt sich. Dank deines Einsatzes haben wir die Mega-Autobahnen versenkt. Wir haben die Rentenkürzungen an der Urne verhindert. Und wir haben damit gezeigt, dass das Machtkartell im Bundesrat gegen die Bevölkerung politisiert, statt auf deren Sorgen einzugehen.

Die eindrücklichen Klimademos im September in allen Grossstädten der Schweiz haben das einmal mehr verdeutlicht. Zehntausende von uns haben ihre Stimme erhoben und klar gesagt: Wir wollen echten Klimaschutz. Wir wollen den Ausstieg aus den Fossilen. Wir wollen unsere wertvollen Wasserressourcen schützen. Wir wollen einen Hitzeplan mit sozialen Massnahmen für die Gesundheit und das Wohlbefinden von allen. Und was macht Bundesrat Rösti? Er zensiert Begriffe wie «Klimawandel» und «Biodiversität». Gleichzeitig spart das rechtsbürgerliche Parlament bei der überfälligen Klimasanierung von Gebäuden.

Zu heiss, zu grau, zu rechts! In knapp einem Jahr finden Wahlen statt. Ändern wir das Parlament! Gemeinsam und mit Hoffnung als Leitmotiv werden wir den Unterschied machen!

Lisa Mazzone
Präsidentin GRÜNE Schweiz
lisazzone

Impressum

Greenfo – Magazin der GRÜNEN Schweiz
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern
031 326 66 00
www.gruene.ch – gruene@gruene.ch
Auflage: 9600 Exemplare
Redaktion: Marjorie Spart, Florian Wüstholz
Übersetzung: Florian Wüstholz
Layout: Tom Wahli
Druck: Bubenberg Druck
Fotos: Keystone (s. 1), Mirjam Kottmann (s.2), Unsplash/Matt Boitor (s.3), Tom Wahli (s.4), Susanne Gafner (s. 5), Monika Flückiger (s. 5), Julia Hostettler (s.7), Unsplash/Jeremy Mowery (s.7), Béatrice Devènes (s. 3, 4, 5, 6, 7), Myrto Vandersee (s.8)

Erscheint vierteljährlich
Jahresabonnement: CHF 20
(für Mitglieder im Mitgliederbeitrag inbegriffen)

Unterstützen Sie die GRÜNEN mit Ihrer Spende: IBAN CH02 0900 0000 8002 6747 3
oder www.gruene.ch/spenden

JETZT BEIGELEGTE UNTERSCHRIFTENBÖGEN UNTERSCHREIBEN



Palästina-Initiative: Es ist höchste Zeit, dass die Schweiz Palästina offiziell als Staat anerkennt. Genau das steht im Einklang mit dem Völkerrecht, der UN-Charta und den Menschenrechten. Die Anerkennung ebnet den Weg für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten.

Bieneninitiative: Den Bienen und anderen Insekten geht es schlecht! Doch wir alle wissen: Die Bestäubung ist für den Erhalt unserer Lebensgrundlage essenziell. Darum will ein breites Bündnis mit der Bieneninitiative den Schutz von bestäubenden Insekten in der Verfassung verankern.





DIE KLIMAKRISE AN DER WURZEL PACKEN: JETZT AUS DEN FOSSILEN AUSSTEIGEN!

Nach diesem Jahr der Hitze und Trockenheit ist es höchste Zeit, die Ursache der Klimakrise direkt zu bekämpfen: unsere Abhängigkeit von den fossilen Energien. Mit einem raschen und entschlossenen Fossilausstieg verhindern wir, dass wir unter 50-Grad-Sommern leiden müssen.

Eine Hitzewelle nach der anderen, Rekordschmelze bei den Gletschern, extreme Trockenheit und historische Tiefststände bei Seen, Flüssen und Grundwasser. Der Sommer 2026 hat alle Rekorde gebrochen – und nicht zum Guten! Die extreme Hitze und Trockenheit haben zahlreiche Todesopfer gefordert, gerade bei den Verletzlichsten in unserer Gesellschaft. Aber sie hat auch Ökosysteme geschwächt, Wäldern arg zugesetzt und die Biodiversität weiter unter Druck gesetzt.

Der Sommer zeigt: Die Schweiz wird von der Klimakrise nicht verschont bleiben. Vor dieser Gefahr warnen uns Wissenschafter*innen seit Jahrzehnten. Und die Entwicklungen zeigen, wie dringend ein entschlossenes Handeln wäre. Aber was tut der Bundesrat? Er verharmlost die Hitze und verhindert weiterhin eine wirksame Klimapolitik. Umweltminister Albert Rösti war erstaunt: «Diese Hitze hätte ich nicht erwartet», sagte er den Medien. Nach diesem entlarvenden Geständnis wurde publik, dass im Bundesamt für Umwelt der Begriff «Klimawandel» aus den Berichten verbannt wurde. Das ist verantwortungslos.

Aktionsplan gegen Hitze

Nach wie vor gibt es keinen nationalen Aktionsplan gegen Hitze. Auch die Ausarbeitung einer nationalen Wasserstrategie wird verschleppt. Gleichzeitig wird immer deutlicher, wie teuer uns die Versäumnisse beim Klimaschutz zu stehen kommen und wie sehr sie unsere Gesundheit gefährden. Zehntausende sind deshalb im September in der Schweiz auf die Strasse gegangen, um den Bundesrat zum Handeln zu bewegen. «Keine 50-Grad-Sommer» war die Forderung an den zahlreichen Demonstrationen – und sie darf im Bundeshaus nicht länger ungehört bleiben.

Wir müssen schnell bei zwei Hebeln ansetzen: Es braucht konkrete Anpassungsmassnahmen gegen die Folgen der Klimakrise. Genau solche schlagen wir mit unserem eigenen Hitzeplan vor: Städte begrünen, Böden entsiegeln, ein Recht auf Schatten, Kühlung von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Schutz von Menschen, die im Freien arbeiten, und Gewässerschutz. Aber wir müssen auch die Ursachen der Klimakrise angehen: Der CO2-Ausstoss muss massiv und schnell gesenkt werden. Nicht durch den Ablasshandel mit CO2-Kompensationen im Ausland, sondern mit einem raschen Ausstieg aus den Fossilen bei uns.

Null Öl, null Gas

Deshalb haben wir GRÜNE in der Herbstsession eine Debatte über Hitze und Dürre lanciert und wollten von Albert Rösti wissen, wann er endlich aus seiner Untätigkeit kommt, und die Bevölkerung schützt. Seine Antwort? Völlig inhaltsleer.

Es ist klar: Wir müssen gemeinsam mehr Druck ausüben. Wir GRÜNE haben deshalb die Petition «Fossilausstieg jetzt!» lanciert: Mit deiner Unterschrift hilfst du, eine Klimapolitik auf den Weg zu bringen, mit der wir das Problem an der Wurzel packen. Gleichzeitig haben wir zwei Motionen eingereicht, die einen verbindlichen Zeitplan beim Ausstieg aus den Fossilen bei Gebäuden und im Verkehr fordern. Gemeinsam schaffen wir eine Zukunft, die unsere Kinder verdienen! Danke für deinen Einsatz!

Petition unterschreiben!



Greta Gysin
Fraktionspräsidentin
Nationalrätin TI

FEIERN IST AUCH OHNE KNALLEREI MÖGLICH

Die Initiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» will Menschen, Tiere und die Umwelt besser vor den negativen Auswirkungen von Feuerwerk schützen. Neben dem Lärm, der die Tiere verängstigt, geht es um mehrere hundert Tonnen Feinstaub und Abfall, die unsere Ökosysteme belasten. Für uns GRÜNE ist klar: Die Initiative verdient ein Ja!

In den Tagen um Silvester und den 1. August sind viele Menschen nicht in Feierstimmung. Wegen des Feuerwerklärms sind sie vor allem in Sorge um ihre Tiere. Wer selbst Haustiere oder Nutztiere hat, kennt das. Die immer wieder, plötzlich und unerwartet auftretenden Knallgeräusche und Lichtblitze verängstigen Tiere und setzen sie grossem Stress aus. Jedes Jahr kommt es bei panischen Fluchtreaktionen zu Verletzungen und Todesfällen. Auch Wildtiere leiden unter der Knallerei und können durch die Fluchtreaktion wertvolle Energiereserven verlieren.

Lärm und Abfall belasten die Landwirtschaft

Die Landwirtschaft leidet nebst dem Lärm auch unter den grossen Mengen an Abfall, die auf Feldern und Wiesen liegen bleiben. Wird dieser Abfall nicht in mühsamer Kleinstarbeit gesammelt, schadet er wiederum den Tieren, wenn er ins Futter gelangt. Aber nicht nur wir Bäuerinnen und Bauern sind betroffen. Sehr viele Menschen stören sich an der Knallerei, am Abfall und am Feinstaub, welche die Luft und unsere Ökosysteme belasten.

Das Anliegen der Feuerwerksinitiative stösst auf breite Unterstützung. In den letzten Jahren haben auch viele Gemeinden lokale Feuerwerksverbote beschlossen. Wird die Verwendung von Feuerwerk aber nur auf lokaler oder kantonaler Ebene geregelt, entsteht ein Flickenteppich: Es ist nicht immer allen klar, was wo wann gilt und der Vollzug der Regeln wird schwierig. Damit die Regeln zum Umgang mit Feuerwerk einheitlich und umsetzbar sind, braucht es eine schweizweite Regelung.

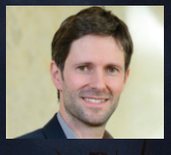
Eine verhältnismässige Einschränkung

Ganz auf Feuerwerk verzichten muss trotzdem niemand. Die Initiative sieht kein absolutes Feuerwerksverbot vor. Verboten werden nur Feuerwerkskörper, die Lärm erzeugen. Andere, wie zum Beispiel Vulkane, bleiben weiterhin erlaubt. Und für Anlässe von überregionaler Bedeutung können kantonale Ausnahmebewilligungen erteilt werden. So sind grosse, öffentliche Feuerwerke nach wie vor möglich. Diese sind weniger problematisch als das individuelle Abbrennen von Feuerwerk, da sie in einem zeitlich und örtlich klar definierten Rahmen stattfinden, sodass die negativen Auswirkungen deutlich reduziert werden.

Zahnloser Gegenentwurf versenkt

Das Anliegen der Feuerwerksinitiative, Mensch, Tier und Umwelt vor den negativen Auswirkungen von Feuerwerk zu schützen, wurde im Parlament auch von der Grünen Fraktion unterstützt. Wir haben uns für einen indirekten Gegenentwurf stark gemacht und der von der Kommission erarbeitete Entwurf war ein guter Schritt in die richtige Richtung. Auch in der Vernehmlassung wurde dieser mehrheitlich positiv aufgenommen.

Doch im Parlament hat die bürgerliche Mehrheit dem Gegenentwurf alle Zähne gezogen, so dass wir ihn nicht mehr unterstützen konnten und ihn schliesslich in der Schlussabstimmung versenkt haben. Nun heisst es «Alles oder Nichts»: Die Initiative kommt ohne Gegenentwurf zur Abstimmung und wir haben die Chance, an der Urne der Knallerei ein Ende zu setzen. Darum braucht es am 29. November ein klares JA zur Feuerwerksinitiative.



Kilian Baumann
Nationalrat BE
kilianbaumann.bsky



KEINE SCHWEIZER WAFFEN IN KRIEGSGEBIETE!

Bundesrat und Parlament wollen die Regeln für Schweizer Kriegsmaterialexporte massiv lockern. In viele Länder, darunter die USA, dürften ohne Vorschriften Waffen geliefert werden, auch wenn sie Krieg führen. Länder dürften Schweizer Waffen neu ohne Kontrolle weiterverkaufen. Zu diesem Freipass für die Waffenlobby sagen die GRÜNEN am 29. November deutlich: Nein!

Das Schweizer Kriegsmaterialgesetz hat drei Sicherungen, die Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit streichen will: Für eine lange Liste von Ländern, darunter die USA, fallen sämtliche Regeln für Waffenexporte weg, egal ob sie Krieg führen oder nicht. Für alle kaufenden Ländern gilt neu: Sie dürfen Schweizer Waffen einfach weiterverkaufen, ohne dass die Schweiz das verhindern kann. Und wo die bisherigen Kriterien noch gelten, kann der Bundesrat im Alleingang Ausnahmen bewilligen.

Genau diese letzte Möglichkeit sollte die Korrektur-Initiative von 2019 verhindern. 2021 zog das Bündnis, bei dem die GRÜNEN federführend dabei waren, die Initiative jedoch zurück. Denn: Das Parlament hatte als Reaktion klare Regeln festgeschrieben, um solche Ausnahmen zu verhindern.

Ein Kompromiss, dem die Bevölkerung vertraute und den die jetzige Lockerung bricht. Was 2021 als Preis für den Rückzug der Initiative galt, kommt jetzt durch die Hintertür zurück. Im Schlepptau eine Reihe zusätzlicher Öffnungen für weitere Länder und der Verzicht auf Kontrolle beim Weiterverkauf.

Die Ukraine profitiert kein bisschen

Zynischerweise erlaubt das Gesetz weder direkte Waffenlieferungen noch die Weitergabe von Kriegsmaterial an die Ukraine. Diese Konzession machten die Bürgerlichen der SVP, um das Gesetz durchzubringen. Was bleibt, ist die Öffnung für alle anderen Länder. In die USA könnte eine Lieferung nicht verhindert werden. Genau das muss der Bundesrat bei Trumps Krieg gegen den Iran aktuell noch tun. Auch die Vereinigten Arabischen Emirate kämen künftig viel einfacher an Schweizer Waffen und könnten diese dann ungehindert weitergeben, etwa in den Jemen oder den Sudan. Das ist kein theoretisches Risiko. Granaten von RUAG, einst an die VAE verkauft, tauchten später beim Islamischen Staat auf.

Die Waffenindustrie behauptet, die aktuellen Regeln würden sie in den Ruin treiben. Aber im letzten Jahr exportierte die Schweizer Rüstungsindustrie Waffen im Wert von fast einer Milliarde Franken. Es war das zweitbeste Jahr ihrer Geschichte. Es geht also nicht um Existenzängste, sondern darum, an der weltweiten Aufrüstungsmanie kräftig mitverdienen zu können.

Diese Abstimmung geht über Waffenexporte hinaus. Es geht darum, ob demokratisch erkämpfte Kontrollen noch etwas zählen oder ob wir sie der Willkür überlassen. Die GRÜNEN haben 2021 für diese Kontrolle gekämpft und tun es jetzt wieder.

Die Welt wird nicht sicherer, wenn die Schweiz mit zusätzlichen Waffen die grauenhaften Kriege auf der ganzen Welt befeuert. Darum haben wir das Referendum unterstützt und sagen am 29. November klar und deutlich: Nein!



Gerhard Andrey
Nationalrat FR
gerhard-andrey.ch

DIE FINANZIERUNG DER 13. AHV IST ESSENZIELL

Die GRÜNEN unterstützen die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der 13. AHV, da die Bürgerlichen die Erhöhung der Bundesbeiträge und der Lohnbeiträge verweigern. Eine Finanzierung ist eine unerlässliche Investition in das wichtigste Sozialwerk der Schweiz.

Wir GRÜNE haben ursprünglich für die Erhöhung der Bundesbeiträge und später als Kompromiss für eine Mischlösung gekämpft, die nebst einer Erhöhung der Mehrwertsteuer auch eine Erhöhung der Lohnbeiträge beinhaltet hätte. Beides wurde jedoch durch die bürgerliche Mehrheit versenkt. So bleibt die moderate Mehrwertsteuererhöhung als Lösung. Durch die Erhöhung des Normalsatzes um 0,4 % fliessen jährlich 1,5 Milliarden in den AHV-Fonds. Das gibt uns Luft, um die ständig angedrohten Kürzungen zu verhindern.

Wollen wir die Finanzierung der 13. AHV nachhaltig sichern und dem Wunsch von fast 60 % der Stimmbevölkerung nachkommen? Ja. Und dafür braucht es Zusatzeinnahmen. Mit der aktuellen Vorlage steigt der Normalsatz auf 8,5 %, während die Mehrwertsteuer auf Güter des täglichen Bedarfs unverändert bleibt. So wird die AHV von Erwerbstätigen ebenso wie Rentner*innen, von Haushalten ebenso wie Tourist*innen getragen. Auch die Wirtschaft finanziert einen Teil – insbesondere der Banken- und Finanzsektor. Es stimmt: Die Mehrwertsteuer ist keine progressive Steuer. Sie belastet kleine Einkommen verhältnismässig stärker. Doch wer am meisten Luxusgüter konsumiert, leistet den grössten Beitrag.

Die aktuelle Lösung ist eine Kröte, die wir schlucken müssen. Und doch ermöglicht sie die Finanzierung eines Teils der 13. AHV. Diese ist gerade für Menschen mit kleiner Rente überlebenswichtig. Wollen wir eine moderate Erhöhung für die gesamte Bevölkerung? Oder wollen wir uns mit den bürgerlichen Drohungen weiterer Rentenkürzungen oder einer Rentenaltererhöhung herumschlagen? Der Fall ist klar: Finanzieren wir die Solidarität, statt sie abzubauen. Darum Ja am 29. November!



Manuela Weichelt
Nationalrätin ZG
manuela_weichelt

DIE KONSERVATIVE STEUER-INITIATIVE DER MITTE IST EIN RÜCKSCHRITT

Am 8. März hat die Schweizer Stimmbevölkerung eine wichtige Entscheidung getroffen: Dank der Annahme der Individualbesteuerung werden neu alle unabhängig von ihrem Zivilstand besteuert. Ein Fortschritt, der durch das Engagement von uns GRÜNEN von der Unterschriftensammlung bis zur Abstimmungskampagne erreicht wurde. Mit der Individualbesteuerung stärken wir die Unabhängigkeit von Frauen und überwinden veraltete Rollenbilder.

Nur wenige Monate später kommt nun die konservative Steuer-Initiative der Mitte zur Abstimmung. Und diese würde uns zurückwerfen und die Sache verkomplizieren: Bei der direkten Bundessteuer gäbe es wieder die gemeinsame Besteuerung von Verheirateten. Die Kantone und Gemeinden würden aber, wie entschieden, zur Individualbesteuerung übergehen. Zwei verschiedene Systeme nebeneinander ist das eine. Vor allem aber würden wir damit verheiratete Frauen wieder zu Anhängseln der Männer machen. Und wir würden darüber hinaus neue Ungerechtigkeiten bei unverheirateten Paaren schaffen.

Mit der Steuer-Initiative der Mitte begünstigen wir die Meistverdienenden noch mehr. Steuerausfälle beim Bund von bis zu 3 Milliarden Franken pro Jahr wären die Folge. Was danach folgt, kennen wir: Neue Abbaupakete bei Klima, Bildung, Umwelt und sozialer Gerechtigkeit. Diese Initiative ist ein Rückschritt. Sie führt wieder Ungleichbehandlungen ein und zementiert ein veraltetes Familienmodell, das nicht mehr zur Realität der Schweiz passt. Darum sagen wir am 29. November Nein zur konservativen Steuer-Initiative der Mitte.



Kilian Baumann
Nationalrat BE
kilianbaumann.bsky



MEHR ALS 131'000 UNTERSCHRIFTEN GEGEN DEN AKW-RÜCKSCHRITT!

In weniger als drei Monaten haben wir über 131'000 Unterschriften gegen den AKW-Rückschritt gesammelt. Sehr viele Menschen wollen nicht, dass der Volksentscheid zum Atomausstieg rückgängig gemacht wird. Jetzt folgt die grösste Abstimmungskampagne unserer Geschichte.

Das Referendum gegen den AKW-Rückschritt hat in der Bevölkerung einen riesigen Zuspruch. Die breite Allianz, zu der auch wir GRÜNE gehören, bereitet sich nun – mit der Bevölkerung im Rücken – auf eine hart umkämpfte Abstimmungskampagne vor, über die am 28. Februar 2027 an der Urne entschieden wird.

Bereits 2017 hat sich die Stimmbevölkerung klar für den Atomausstieg entschieden. Danach hat sie sich zwei Mal deutlich für den Weg der Erneuerbaren ausgesprochen. Trotzdem wollen Bundesrat und das rechtsbürgerlich dominierte Parlament das Neubauverbot für AKW wieder aufheben und diesen Volksentscheid kippen. Die Unterschriftensammlung zeigt: Die Bevölkerung lässt sich von den teuren Versprechen der AKW-Lobby nicht blenden. Sie will keine gefährliche und teure Energie, welche die Energiewende bremst. Sie will auch keine Abhängigkeit vom Uran aus autoritären Staaten. Die Schweiz hat sich für die Energiewende und für die Erneuerbaren entschieden und genau diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen.

Nun organisieren wir die grösste Abstimmungskampagne unserer Geschichte, damit wir den Plänen der AKW-Lobby am 28. Februar 2027 einen deutlichen Korb geben. Dafür brauchen wir jede Unterstützung! Bis im Dezember wollen wir unserem Widerstand grösstmögliche Sichtbarkeit verschaffen. Wir wollen Flyer verteilen, Fahnen aufhängen und unsere Argumente in alle Ecken des Landes tragen. Danke, dass du uns dabei unterstützt, diesen wichtigen Sieg zu holen.

Unterstütze die Kampagne gegen den AKW-Rückschritt!



Marionna Schlatter
Nationalrätin ZH
marionnaschlatter.bsky

NEIN ZUM ZERSTÖRERISCHEN MERCOSUR-ABKOMMEN!

Das Referendum gegen das Freihandelsabkommen mit Malaysia ist eingereicht – jetzt folgt das Abkommen mit den Mercosur-Staaten. Wir sagen Nein zum Freihandel auf Kosten von Umwelt, Menschenrechten und Ernährungssicherheit in der Schweiz!

Gemeinsam mit einer breiten zivilgesellschaftlichen Allianz haben wir GRÜNE das Referendum gegen das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten ergriffen. Denn das Abkommen befeuert die Abholzung des Amazonas-Regenwalds, gefährdet den Tierschutz in der Schweiz und liefert unsere Bäuer*innen via Billigimporte einer hochindustrialisierten Landwirtschaft aus.

Während der Amazonas weiter brennt, ist der Abschluss eines solchen Abkommens unverantwortlich. Die Folgen der Abholzung sind gravierend: Die Klimakrise verschlimmert sich, Ökosysteme verschwinden und Dürren werden häufiger und intensiver. Nach dem heissesten und trockensten Sommer seit Messbeginn ist es fahrlässig, die Lunge unseres Planeten frontal anzugreifen.

Das von der bürgerlichen Mehrheit durchgewunkene Abkommen enthält keinerlei Massnahmen gegen Abholzung und Zwangsarbeit. Ein solches Projekt können wir GRÜNE auf keinen Fall unterstützen. Es schadet dem tropischen Regenwald und der indigenen Bevölkerung. Aber es setzt auch die Bäuer*innen in der Schweiz unter Druck. Mit dem Mercosur-Abkommen werden massive Importe von Billigfleisch und Wein erlaubt, deren Produktion weit unter unseren Standards liegt. Das hat auch negative Konsequenzen für die Landwirtschaft und das Tierwohl in der Schweiz. Darum: Jetzt das Referendum unterschreiben und von deinen Nächsten unterschreiben lassen!





Meret Schneider
Nationalrätin ZH
meretschneider.bsky



EINE GERECHTE UND NACHHALTIGE ZUKUNFT BRAUCHT JUNGE STIMMEN

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit beschäftigen mich schon lange. Als neue Co-Präsidentin der Jungen Grünen möchte ich jungen Menschen eine Stimme geben und ihre Perspektiven in die Politik einbringen.

Schon früh habe ich gelernt, Verantwortung zu übernehmen, mich um andere zu kümmern und für andere zu sorgen. Ich habe gelernt, die Natur zu schätzen und zu schützen. Dreisprachig aufgewachsen zwischen Tessin und Basel habe ich durch diese Kontraste gelernt, Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen.

Vom Klimaschutz zu Systemfragen

Meine heile Welt platzte, als ich mit 15 eine Schularbeit über Monsanto verfasste. Was zunächst eine Auseinandersetzung mit einem einzelnen Unternehmen war, öffnete mir die Augen für die weitreichenden Zusammenhänge zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialen Fragen. Seither kann ich diese Themen nicht mehr ausblenden.

Aus der Sorge um die Natur wurde der Wunsch, die Prozesse hinter Umweltproblemen besser zu verstehen. Deshalb studierte ich Umweltnaturwissenschaften in Freiburg im Breisgau. Ich entwickelte eine Leidenschaft für Raumplanung und zirkuläres Bauen, einem Bereich, in dem ich auch ein Praktikum machen durfte. Parallel dazu engagierte ich mich in Umweltbewegungen und wirkte an verschiedenen Festivals mit.

Je mehr ich mich mit ökologischen Zusammenhängen auseinandersetze, desto klarer wird mir, dass viele ökologische Krisen nicht nur Umweltprobleme, sondern auch Symptome gesellschaftlicher Strukturen sind. Mein Interesse entwickelte sich von klassischen Klima- und Umweltfragen hin zu einem intersektionalen Verständnis der multiplen Krisen, mit denen wir heute konfrontiert sind.

Das war mit ein Grund, weshalb ich mich an der Universität Lausanne in einem Master in Nachhaltigkeit vertieft mit gesellschaftlichen und sozialpolitischen Dynamiken auseinandersetzen wollte. Fragen zu Kolonialismus, Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit sind nun für mich dabei ebenso zentral wie die Frage, wie wir unsere Demokratie wieder aufblühen lassen können.

Junge Stimmen und politische Teilhabe

Bildung und die Stimme der Jugendlichen waren mir schon immer ein grosses Anliegen. Wir leben in einer adultistischen Gesellschaft: Die Stimmen und Meinungen junger Menschen werden systematisch und überproportional abgewertet oder ignoriert. Diese Anliegen haben mich dazu gebracht, mich bei «Make the Change» zu engagieren und Bildungsprogramme für Jugendliche mitzugestalten. Nun darf ich dieses Herzensthema auch in meiner Masterarbeit vertiefen, in der ich Hürden und Erfolgsfaktoren der Jugendpartizipation untersuche.

Mein bisheriger Weg hat mir gezeigt, wie vieles miteinander verwoben ist. Dieses intersektionale Verständnis heutiger Herausforderungen sowie meine Auseinandersetzung mit den Hürden politischer Partizipation junger Menschen möchte ich nun bei den Jungen Grünen einbringen. Ich freue mich sehr über das Vertrauen, das mir mit meiner Wahl zur Co-Präsidentin der Jungen Grünen entgegengebracht wurde. Und ich freue mich darauf, mich einzubringen, zuzuhören, neue Perspektiven kennenzulernen und gemeinsam weiterzudenken. Ich bin gespannt auf die Begegnungen, Diskussionen und Ideen, die dabei entstehen – und darauf, gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie gerechte und nachhaltige Veränderung möglich wird.

Myrto Vandersee
Co-Präsidentin Junge Grüne
myrt0.o